



Mit Transparenten und zahlreichen Protestbeiträgen forderten die Bürger gestern die Ratspolitik zur Ablehnung einer neuen B 212 sowie einer Stadtumgehung durch Ganderkeseer Gemeindegebiet auf.

FOTO: MICHAEL KORN

Über 150 Bürger fordern vor Rat „Keine B 212“

Massiver Widerstand gegen Bundesstraße und Umgehung / „Rat positioniert sich“

Über einen Antrag der UWG, eine Ablehnung der möglichen Entlastungsstraße durch Ganderkesee zu beschließen, wurde aus formalen Gründen nicht abgestimmt. Nächsten Mittwoch soll im Fachausschuss eine Ganderkeseer Stellungnahme beschlossen werden.

VON MICHAEL KORN

GANDERKESEE. Einen selten massiven Andrang erlebte die gestrige Ratssitzung: Über 150 Bürger aus dem Nordosten der Gemeinde machten ihrem Unmut über die Pläne für eine neue Bundesstraße B 212 sowie eine mögliche Stadtumgehung durch Ganderkeseer Gebiet Luft. Landwirt Gerd Schütte aus Rethorn brachte die Meinung der betroffenen Anwohner und Landwirte unter Beifall der Protestler auf

den Punkt: „Wir fordern die Nulllösung – sonst gar nichts.“

Der Rat indes debattierte gestern nicht über die Haltung der Gemeinde zu den umstrittenen Straßenbauprojekten. Dazu kommt es erst im Ausschuss für Gemeindeentwicklung am kommenden Mittwoch, 17. Oktober, wenn über die Stellungnahme der Gemeinde zu dem Verfahren entschieden wird. Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas kündigte an, „dort werden wir uns klar positionieren“. Der „Schwarze Peter“ dürfe nicht allein Delmenhorst zugescho-

ben werden, gab sie einem entsprechenden Bürger-Einwand Recht. Das Problem sei vielmehr „Bremen-gemacht“.

Die Vorsitzenden der Ortsvereine aus Schönemoor, Heide, Hoykenkamp und Elmeloh/Almsloh hatten zuvor bekräftigt, wie sehr Landwirte und Bürger verunsichert und verängstigt seien. Flächen würden zerschnitten, unzumutbare Verkehrs- und Lärmbelastungen drohten. Hoykenkamp würde wegen des zunehmenden Bahnverkehrs durch den Jade-Weser-Port, den Bau des neuen Hohenborn

und durch eine etwaige Umgehung von der B 212 zur A 28 zum Verkehrsverteiler für die Gemeinde werden. Hinnerk Twietmeyer vom Bürgerverein Heide kritisierte unter Beifall, es sei eine „Unverschämtheit, dass Delmenhorst unser Gebiet beplant“. Anwohner Thorsten Blume forderte, dass die Bürger Sicherheit bräuchten: „Können wir noch in unsere Häuser, unsere Betriebe investieren?“

Fachbereichschef Peter Meyer bekräftigte, Ganderkesee sei mit der Idee einer Verbindung zwischen B 212 und A 28 „quer durch Ganderkesee“ konfrontiert worden, die in Rat und Verwaltung keine Resonanz finde.

Ein kurzfristiger Antrag der UWG, der Rat möge eine Entlastungsstraße auf Gemeindegebiet ablehnen, wurde aus formalen Gründen (fehlende Dringlichkeit) von der Bürgermeisterin nicht zugelassen – begleitet von Unmutäußerungen der Protestler.

URNEBURGER STRASSE: VORERST KEIN TEMPO 30

Im Konflikt um das geplante Neubaugebiet an der Urneburger Straße haben Anwohner gestern vor dem Rat erneut Tempo 30 gefordert. Sie erhielten darin Unterstützung von der UWG, die dies als Antrag für den Bereich zwischen Bahnübergang und künftigem Kreisel formulierte. Bürgermeisterin Alice Gerken-

Klaas erwiderte, dies wäre eine verkehrsbehördliche Anordnung, die bereits im Fachausschuss diskutiert worden sei. Und der habe entschieden, es werde zunächst die weitere Verkehrsentwicklung abgewartet. CDU-Fraktionschef Dietmar Mietrach warf der UWG daher „Populismus“ vor, um die „Stimmung anzuheizen“. mik